



Einreichung e-Petition

epetition An: oberbuergermeister
Kopie: onlineredaktion

19.04.2022 10:14

Von: epetition@dresden.de
An: oberbuergermeister@dresden.de
Kopie: onlineredaktion@dresden.de

Sehr geehrte Damen und Herren,

auf www.dresden.de wurde die e Petition mit dem Titel Neue Bürgermeister - freie Auswahl statt geheimer Absprachen am 24.01.2022 für die Dauer von 12 Wochen veröffentlicht. In dieser Zeit haben 190 Unterstützer/ innen diese Petition mitgezeichnet.

Die Petition wird Ihnen hiermit zur weiteren Bearbeitung zugeordnet.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre Onlineredaktion

Inhalt der **Petition**

Potent:
Anschrift:
Telefon:
E Mail:

Titel: Neue Bürgermeister freie Auswahl statt geheimer Absprachen

Text:

In diesem Jahr werden in Dresden die Bürgermeister für die Geschäftsbereiche Finanzen, Kultur, Soziales, Umwelt und Ordnung neu gewählt. Die Amtszeit der jetzigen Beigeordneten endet dann nach sieben Jahren. Gemäß der sächsischen Gemeindeordnung müssen die Beigeordneten die für das Amt erforderlichen fachlichen Voraussetzungen erfüllen. Die Beigeordneten werden vom Gemeinderat je in einem besonderen Wahlgang gewählt. Sieht die Hauptsatzung mehrere Beigeordnete vor, sollen die Vorschläge der Parteien und Wählervereinigungen nach dem Verhältnis ihrer Sitze im Gemeinderat berücksichtigt werden. Diese Regelung wird in Dresden seit Jahren durch ein Kartell der Parteien von SPD, Grünen, Linke, CDU und demnächst wahrscheinlich auch FDP durch Absprachen so interpretiert, dass ihnen die Posten zustehen. Fachliche, soziale oder andere notwendige Kompetenzen spielen bei der Auswahl eine untergeordnete Rolle. Stattdessen geht es oft genug um die Verwirklichung persönlicher Karrierepläne „verdienter“ Parteikader. Die Frage der persönlichen Eignung, bzw. der Auswahl des besten Kandidaten tritt dann zurück. Die Dresdner, die dann über sieben Jahre mit den Entscheidungen dieser Bürgermeister leben müssen, haben auf diese Auswahl überhaupt keinen Einfluss. Das ist aus unserer Sicht falsch und führt langfristig zu noch mehr Verlust von Vertrauen in die Politik. Wir halten diese Regelung, die Posten nach dem Proporz von Parteien zu verteilen, für überholt. 1990 waren in Deutschland noch 2,5 Mio. Bürger Mitglied in einer Partei, heute hat sich diese Zahl halbiert. Damit ist aus unserer Sicht der Anspruch, dass die Parteien die große Mehrheit der Bürger vertreten, nicht mehr aufrecht zu erhalten. Die Geschäftsbereiche, um deren Leitung es geht, haben jeweils mehrere hundert

Mitarbeiter. Das entspricht in der Wirtschaft einem mittelständischen Unternehmen. Dafür kommen nach unserer Auffassung nur Menschen in Frage, die bereits durch ihr Berufs- und Lebenserfahrung nachgewiesen haben, dass sie in der Lage sind eine solche Führungsposition erfolgreich auszuüben. Wir fordern daher die Stadträte auf, dass sie auf Absprachen zur Besetzung von diesen Stellen verzichten und die jeweils am besten geeigneten Bewerber auswählen werden. Dies ist eine notwendige Bedingung, damit sich überhaupt geeignete und gute Kandidaten für diese Stellen bewerben.

Miteinreicher sind die ehemaligen Stadträte:



Liste der Mitzeichner
